

## Pressemitteilung

München, den 18. Juli 2018

### Dr. Thomas Jung: Wohnungsbau und Integration

- *Bund, Freistaat und Kommunen müssen Kräfte bündeln, um Wohnungsnot zu lindern.*
- *Integration ist eine Daueraufgabe und braucht eine Strategie.*

Günstige Wohnungen sind ein knappes Gut. Bayern verzeichnet einen kräftigen Zuzug, nicht zuletzt aus EU-Ländern. Der Mangel an Wohnungen spitzt sich zu. Bezahlbare Wohnungen zu schaffen, ist eine dauerhafte Herausforderung. Der 1. stellvertretende Vorsitzende des Bayerischen Städtetags, Fürths Oberbürgermeister Dr. Thomas Jung: **„Bund, Freistaat und Kommunen müssen zusammen mit öffentlicher und privater Wohnungswirtschaft ihre Kräfte bündeln, um Wohnungsnot zu lindern. Städte und Gemeinden wenden beträchtliche Mittel auf, um die Versorgung mit bezahlbaren Wohnungen sicherzustellen. Alleine können Städte und Gemeinden diese Aufgabe nicht stemmen. Für die Schaffung von Wohnungen brauchen Kommunen, kommunale Wohnungsunternehmen und soziale Wohnungsbaugesellschaften mehr Finanzmittel.“**

Die Mobilisierung von Bauland ist schwierig. Jung: **„Die Steuerungsmöglichkeiten der Kommunen zur Mobilisierung von Flächen müssen erhöht werden. Förderprogramme stehen inzwischen zur Verfügung, aber den Städten gehen die Flächen aus. Für den Bau von Wohnungen, für Verkehrswege und Infrastruktur mit Schulen, Kitas und Geschäften zur Nahversorgung müssen Flächen mobilisiert werden. Kommunen brauchen mehr Flächen, damit sie Wohnungsbau vorantreiben können, etwa auf Konversionsflächen von ehemaligen Militäranlagen oder staatlichen Liegenschaften. Städte und Gemeinden brauchen Handlungsspielräume für eine vorausschauende Flächenbevorratung.“** Kommunen müssen bereits im Vorfeld formeller städtebaulicher Maßnahmen zum Beispiel ein Vorkaufsrecht für Grundstücke auf eigenem Gebiet haben, um rechtzeitig Baugrund, Tausch- oder Ausgleichsflächen für Wohnungsneubauten erwerben zu können.

Derzeit ist viel von Zurückweisung oder von Grenzkontrollen die Rede. Darüber gerät aus dem Blick, was trotz vieler Probleme alles in den letzten Jahren geleistet worden ist, damit Integration gelingt. Gerade die Kommunen haben sich angestrengt und haben viel erreicht. Jung: **„Integration findet in Städten und Gemeinden statt. Kommunen können Integration, aber sie müssen es sich auch leisten können. Integration ist keine alleinige Aufgabe der Kommunen. Bund und Länder müssen sich mit den Kommunen dieser gesellschaftlichen Aufgabe stellen.“**

In der Integration verbinden sich viele Politikfelder: Hier verknüpfen sich Städtebau, Wohnungsbau, Bildung, Soziales und Wirtschaftspolitik. Integration ist kein abstraktes Thema, sondern ein konkretes Anliegen; das berührt die Mobilisierung von Bauland, den sozialen Wohnungsbau, den Arbeitsmarkt, das betrifft Jugendhilfe und Sozialhilfe, umfasst Kinderbetreuung in Kindergärten, Krippen, Horten und betrifft die Schulen. Hier verflechten sich viele Stränge. Kommunen können nicht allein gegen Armut und Arbeitslosigkeit kämpfen und die Kommunen können nicht im Alleingang das Schulsystem reformieren - das alles ist eine gemeinschaftliche Aufgabe mit Bund und Freistaat. Jung: **„Die Steuerungs- und Koordinierungsfunktion der Kommunen muss gestärkt werden. Die Kommunen müssen bei ihren Integrationsaufgaben finanziell stärker unterstützt werden. Es braucht einen finanziell hinterlegten Masterplan Integration. Die Integration in Arbeit und Ausbildung muss dauerhaft unterstützt werden. Integration funktioniert über Sprache: In allen Altersstufen muss der Spracherwerb gefordert und gefördert werden.“**

*Der Bayerische Städtetag hat die **Broschüre „Integration braucht Strategie“** erarbeitet. Die Broschüre erläutert Herausforderungen und führt Lösungsansätze zusammen. Integration ist eine anspruchsvolle Daueraufgabe. Integration kann funktionieren, wenn die Rahmenbedingungen stimmen und wenn es eine Strategie gibt.*